Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 532 der Beilagen 2.S.17.GP) betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 18. September 2024 mit der Vorlage sowie der Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens (Nr. 533 der Beilagen 2.S.17.GP) befasst. Hinsichtlich der Darstellung der Beschlussfassung zu Nr. 533 der Beilagen 2.S.17.GP wird auf den Ausschussbericht [Nr. 17 der Beilagen](#) verwiesen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf berichtet, dass es um die Genehmigung zweier wichtiger 15a-Vereinbarungen im Bereich der Gesundheit gehe. Bei der Vereinbarung Zielsteuerung-Gesundheit handle es sich um eine Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung. Es gehe vor allem um die Steuerung der Struktur und Organisation der Gesundheitsversorgung in den Bundesländern. Es würden bestimmte Schwerpunkt im Hinblick auf eine zielgerichtete Gesundheitsversorgung gesetzt. Dies bedeute beispielsweise, dass man alle Möglichkeiten der Digitalisierung gemäß dem Prinzip „digital vor ambulant vor stationär“ nutze. Zudem solle der niedergelassene Bereich ausgebaut und die ambulante Versorgung verbessert werden. Die Vereinbarung sehe auch den weiteren Ausbau von Primärversorgungszentren vor. Salzburg sei hier ja erfreulicherweise in einer Vorreiterrolle. Bei der Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens seien nur Bund und Länder Vertragsparteien, da es darin um die adäquate Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens bis hin zu den davon betroffenen Nahtstellen zur Pflege im Rahmen des Finanzausgleichs gehe. Auch hier seien Verbesserungen in der Organisation durch Forcierung der Digitalisierung sowie Qualitätssicherung und die Harmonisierung der Abgeltungs- und Honorarsysteme Thema. Erfreulich sei auch, dass ein Entfall des Selbstbehaltes bei stationärem Aufenthalt von Kindern oder Jugendlichen vorgesehen sei.

Abg. Rieder stellt fest, dass das Thema Prävention ganz wesentlicher Inhalt beider Vereinbarungen sei. Es sei wichtig, darauf zu achten, dass die Menschen auch ihren Teil zur Gesunderhaltung beitragen. Auch der Grundsatz „digital vor ambulant vor stationär“ und der Ausbau von Primärversorgungszentren sei begrüßenswert. Gut sei, dass auch ein Monitoringsystem vereinbart sei, um die Zielerreichung zu evaluieren. Zentraler Gedanke der Vereinbarungen sei außerdem, dass auf eine Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch die öffentliche Hand gesetzt werde und nicht auf eine Versorgung durch private Einheiten. Vor allem die

Versorgung in den ländlichen Regionen werde dadurch gestärkt. Die FPÖ werde beiden Vorlagen zustimmen, da sie Verbesserungen der medizinischen Versorgung brächten und eine logische Fortsetzung der Zusammenlegung der Krankenkassen seien.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl weist darauf hin, dass beide Vereinbarungen auf der größten Gesundheitsreform der letzten Jahrzehnte durch die schwarz-grüne Bundesregierung aufbauten, wodurch bis 2028 jährlich eine Milliarde Euro in das Gesundheitssystem fließe. Es sei eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, das Gesundheitssystem fit zu erhalten. Einige wichtige Dinge aus der Gesundheitsreform wie gratis HPV-Schutzimpfungen seien bereits umgesetzt. Die bestehende Gesundheitshotline 1450 werde nun ausgebaut. Erfreulich sei, dass mit den Vereinbarungen auch eine weitere Stärkung des niedergelassenen Bereichs beabsichtigt sei. Dies helfe nicht nur den Menschen, die sich dorthin wendeten, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitälern, da diese entlastet würden. Ein schönes Beispiel für eine positive Entwicklung sei hier Seekirchen. Auch der Ausbau der Frühen Hilfen dürfe nicht unerwähnt bleiben, da mit Prävention in jungen Jahren einiges abgefangen werden könne, was sich sonst im Lauf der Zeit zum Problem entwickeln könnte.

Abg. Mag. Eichinger findet, dass sich viele wichtige und richtige Punkte in den Vereinbarungen wiederfinden, wie zB der Gebührenentfall für Aufenthalte von Kindern und Jugendlichen und der Ausbau von Primärversorgungszentren. Sehr skeptisch werde jedoch die Tatsache gesehen, dass es Vorgaben von verbindlichen Mindestfallzahlen für bestimmte medizinische Leistungen und die Leistungsangebotsplanung gebe. Hier frage er sich, zu welchen Umstrukturierungen es in den Krankenanstalten bei Unterschreitung dieser Zahlen kommen könne. Die Befürchtung sei, dass es zu einer ähnlichen Entwicklung wie in Deutschland komme, wo aufgrund nicht erreichter Mindestfallzahlen Spitäler zugesperrt hätten oder von privaten Anbietern übernommen worden seien. Mit Sorge sehe man auch, dass die Ausgaben aktuell schon höher seien, als in der Vereinbarung Zielsteuerung Gesundheit vorgesehen. Vor allem im Hinblick auf die demographische Entwicklung stelle sich die Frage, wie die steigenden Kosten abgedeckt werden könnten, insbesondere da die Finanzierungsvereinbarung seinem Verständnis nach vorsehe, dass Mehrkosten von den Länder zu tragen seien. Wenn dieser Fall eintrete, was bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung wahrscheinlich sei, werde es wohl nicht mehr möglich sein, gute und progressive Projekte, wie in den Vereinbarungen geschildert, tatsächlich durchführen zu können.

Abg. Thöny MBA kündigt die Zustimmung zu beiden Vereinbarungen an. Auch sie erkundigt sich, wie die Länder im Fall von steigenden Kosten reagieren würden.

Landesrätin Mag.^a Gutschi betont, dass es unbestritten sei, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems eine der größten Herausforderungen für die Zukunft sei. Dies liege zum einen am stetig steigenden Durchschnittsalter. Zum anderen sei der Schwerpunkt der Medizin in der Vergangenheit eher bei der Reparatur als bei der Prävention gelegen. Vor allem hier müsse man unbedingt schon bei den Jüngsten ansetzen und an die Eigenverantwortung der Menschen appellieren, damit diese möglichst bis ins hohe Alter gesund und fit blieben. In der

jährlich viermal tagenden Bundes-Zielsteuerungskommission verhandle man genau diese Themen und versuche, die besten Lösungen zu finden, wie zB den Ansatz „digital vor ambulant vor stationär“. Weiters erläutert Landesrätin Mag.^a Gutschi den Ausbau der Gesundheitshotline und der Primärversorgungszentren. Zu den Mindestfallzahlen in den einzelnen stationären Bereichen sei auszuführen, dass diese in einem Bundesland wie Salzburg in bestimmten Regionen eine große Herausforderung darstellten. Es gebe bereits jetzt Ausnahmegenehmigungen, beispielsweise für das Krankenhaus Tamsweg. Der Umstand, dass das Land auch in kleine Standorte wie Tamsweg oder das Tauernklinikum massiv investiert habe, zeige, dass dem Land die Verantwortung bewusst sei und man sich zur Aufrechterhaltung kleiner Krankenhäuser bekenne. Allerdings müsse man das Bundesland Salzburg natürlich auch gesamthaft betrachten und sich überlegen, wo man welche Schwerpunkte anbieten könne und welche Fächer es überall vor Ort geben müsse. Abschließend geht Landesrätin Mag.^a Gutschi noch auf den Einsatz von KI im Gesundheitswesen ein, die viele Vorteile bringe. Bezüglich der generellen Kostensteigerungen und deren Tragung sei festzuhalten, dass es sicher einzelne Bereiche geben werde, wo man sparen oder umschichten müsse. Konkrete Beispiele wolle sie diesbezüglich zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht nennen. Standortschließungen von Krankenhäusern seien davon jedoch, vorausgesetzt es gebe überall ausreichend Personal, nicht umfasst. Es gehe um Umstrukturierungen und neue Formen der Zusammenarbeit, um sich den gesellschaftlichen Entwicklungen bestmöglich anpassen zu können.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimme der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimme der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Dem Abschluss der in der Nr. 532 der Beilagen 2.S.17.GP enthaltenen Vereinbarung wird die Genehmigung gemäß Art. 50 Abs. 1 L-VG erteilt.

Salzburg, am 18. September 2024

Der Vorsitzende:

Schernthaner MIM eh.

Die Berichterstatterin:

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Oktober 2024:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.